Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8–3 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–½1 Uhr Mitt. In Neustadt: Gr. Meberg. 6 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg., 2spaltige „unterm Strich" (Eingesandt) 40 Pfg. Grundzeile für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. für Familiennachrichten 10 Pfg., bei 30 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

40. Jahrgang. Dresden, 1895.

Liebe's Pepsinwein, dieses wohlschmeckende Tafelgetränk beseitigt, indem es den **fehlenden** oder **entarteten** Magensaft ergänzt, Folgezustände, wie **Magen-Katarrh, -Schwäche, Verdauungsstörungen, Mangel an Appetit etc.** Flaschen Mk. 2.50 u. 1.50 in den **Apotheken.** — Bitte **„Liebe's"** zu verlangen. J. Paul Liebe Dresden.

(D. R.-P.) **Thüre zu!** Vollkommenster, selbstthätiger geräuschloser **Thürschliesser.** **75.000 St. im Gebrauch.** Prospecte gratis u. franco. **Curt Heinsius,** Königl. Sächs. Hoflieferant, **Dresden-N.,** Kurfürstenstr., Ecke Tieckstr. (Fernsprechamt II, Nr. 2090.)

Neuheiten in **Photographie-Albums** empfiehlt in jeder Preislage und reichhaltiger Auswahl **Bernhard Rüdiger** **Wilsdruffer Strasse 3,** zunächst dem Altmarkt.

MATTONI's GIESSHÜBLER feinster alkalischer SAUERBRUNN. **Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk,** erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh. HEINRICH MATTONI in Giesshübl-Puchstein b. Karlsbad.

Chinawein, appetitanregendes Stärkungsmittel für Reconvalescenten. 1 Flasche **3** Mark, **mit Eisen** 1 Flasche **3** Mark 50 Pf. Prompter Versandt nach auswärts. **Kgl. Hofapotheke Dresden, Georgenthor.**

Putz- und Modewaarenhaus **C. Heinrich Barthel, Waisenhausstrasse 30** Fernsprecher I, 3390. **Eigene Filzhutfabrik. Neueste Modelle.**

Nr. 311. Spiegel: Dortmunder Reichstagswahl, Nichtbestätigung Lueger's. Einkommen aus der Landwirthschaft. Bezirksverein der Altstadt, Bezirksausschußsitzung. Hubermann-Concert, Resource-Concert. | Muthmaßliche Witterung: Niederschläge. | **Freitag, 8. November.**

Politisches.

Der 47. sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete verdankt seine Wahl dem Centrum. Denn nur vermöge der ultramontanen Taktik der Wahlenthaltung, die zu Gunsten des Vertreters der Umsturzpartei in die Waagschale fallen mußte, hat dieser bei der Reichstagsstichwahl in Dortmund seinen nationalliberalen Gegner aus dem Felde zu schlagen vermocht. Bei der Wahlenthaltung ist es überdies nicht geblieben; das Centrum hat sogar nachweisbar durch aktive Hilfe den Sieg der rothen Internationale gesichert. Bei dem ersten Wahlgange hatte der Nationalliberale Möller 17,261, der klerikale Kandidat 14,623, der Sozialdemokrat 17,257 Stimmen erhalten. Bei der Stichwahl stieg die Zahl der für den nationalliberalen Kandidaten abgegebenen Stimmen auf 21,408, während für den Sozialdemokraten bei dem zweiten Wahlgange 21,465 Wähler stimmten. Der Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen betrug somit über 7200. Da die Umstürzler bereits bei der Hauptwahl die äußersten Kraftanstrengungen gemacht hatten, so kann dieser Zuwachs nur aus dem Centrumslager gekommen sein. Offiziell war zwar von den ultramontanen Blättern die Wahlenthaltung proklamirt worden, aber aus dem Kommentar, der hierzu gegeben wurde, war nur zu deutlich der Wunsch herauszulesen, daß die Centrumsleute für den Sozialdemokraten eintreten möchten. Die im Wahlkreise erscheinende klerikale „Tremonia", deren Redakteur der Centrumskandidat im ersten Wahlgange war, hatte es für begreiflich erklärt, „wenn die hochgradige Erregung unserer Centrumsleute gegen die hiesige nationalliberale Partei bei der Stichwahl ihren Ausdruck finden sollte". Auch die Auslassungen der übrigen ultramontanen Organe konnten es nicht zweifelhaft lassen, daß ein echter Centrumsmann besser thäte, dem Sozialdemokraten vor dem Nationalliberalen den Vorzug zu geben. Demgemäß muß als feststehend angesehen werden, daß die Hälfte der Stimmen, die am 25. Oktober für den Centrumskandidaten abgegeben wurden, bei der Stichwahl dem Sozialdemokraten zugefallen sind. So hat das Centrum eine neue glänzende Probe seiner vaterlandslosen Gesinnungen abgelegt. Die Partei, die sich rühmt, allein die geeigneten Kampfesmittel zur Abwehr der sozialrevolutionären Gefahren zu besitzen, hat sich nicht gescheut, dem Vorkämpfer des Umsturzes gegen den Vertreter der staatserhaltenden bürgerlichen Parteien zum Siege zu verhelfen. Der Parteihaß und der Partei-Egoismus sind jederzeit bei dem Centrum stärker als die Rücksichten auf das Wohl des Vaterlandes. In der Engherzigkeit des einseitigsten Parteigeistes, in der Empfindungslosigkeit für die großen herrschenden Interessen des Vaterlandes sieht die „Köln. Ztg." mit Recht das kennzeichnende Merkmal in dem Verhalten des Ultramontanismus. Die Taktik des Centrums beruht auf dem Bestreben, in den Parlamenten die Macht der unbedingt oppositionellen Parteien zu verstärken, um so in die Lage zu kommen, die Centrumsstimmen möglichst theuer zu verkaufen. Bei dieser grundsatzlosen Taktik ist es den frommen Herren gleichgiltig, ob sie die Macht der grundsätzlichen Gegner der bürgerlichen Ordnung verstärken, ob sie sich mit den wüstesten Umsturzmännern verbünden. „Wer dem Centrum angehören will", hieß es in dem ultramontanen Aufruf für die Reichstagswahlen von 1893, „muß standhaft davon durchdrungen sein, daß kein gläubiger Christ auch nur vorübergehend und in Einzelfragen mit der Sozialdemokratie liebäugeln darf." Und doch haben soeben in Dortmund 7000 Centrumsleute ihr gläubiges Christenthum dadurch bethätigt, daß sie den Kampf, der dort für Religion, Ordnung und Sitte gegen Atheismus, Revolution und Vaterlandslosigkeit geführt worden ist, zu Gunsten der Partei entschieden haben, welche die Verkörperung des Antichristenthums darstellt. So beantwortet das Centrum die patriotischen Mahnungen des Kaisers zur Bekämpfung des Umsturzes; so bethätigt die ultramontane Fraktion ihre Anwartschaft auf das Präsidium im Reichstage, das berufen sein soll, das deutsche Volk bei allen nationalen Festlichkeiten zu vertreten. Die Sozialdemokratie wird den Dank, den sie den Ultramontanen für die Ueberlieferung des 47. Reichstagsmandats schuldet, nicht besser abstatten können, als daß sie bei der Neuwahl des Reichstagspräsidiums Herrn v. Buol zur Wiederwahl verhilft, und nicht drastischer könnte die Verbrüderung zwischen der schwarzen und der rothen Internationale zur Erscheinung gebracht werden, als wenn die klerikale Demokratie nunmehr der mit ihrer Hilfe verstärkten sozialdemokratischen Fraktion die zweite oder dritte Präsidentenstelle überläßt. Regierung und Volk werden sich vielleicht nicht eher ermannen, als bis Herr v. Buol und Herr Singer in friedlichem Verein die Geschäfte des deutschen Parlaments leiten werden. Par nobile fratrum! Ein würdiges Präsidentenpaar!

Wider Erwarten hat Kaiser Franz Josef der Wahl Dr. Lueger's zum Oberhaupt der Gemeindeverwaltung der österreichischen Reichshauptstadt die Bestätigung versagt. Ueber die Gründe, welche für die kaiserliche Entschließung maßgebend gewesen sind, ist zunächst nichts bekannt; aber der Judenliberalismus wird keinen Augenblick zögern, zu behaupten, daß der Monarch durch die Verweigerung der Bestätigung dem Antisemitismus, wie er in Lueger verkörpert ist, die Daseinsberechtigung hat absprechen wollen. Wenn die Liberalen in Oesterreich wirkliche liberale Gesinnungen hätten, so würden sie es von vornherein für selbstverständlich gehalten haben, daß Dr. Lueger, der mit 93 von 137 Stimmen, also mit einer überaus stattlichen Mehrheit, zum Bürgermeister Wiens gewählt worden ist, von der Krone hätte bestätigt werden müssen, und sie würden jetzt nicht zögern, die Nichtbestätigung als eine Maßregel gegen das Selbstbestimmungsrecht der Gemeindeverwaltung zu tadeln. Statt dessen aber werden die semitischen Organe in lautem Jubel ihrer Genugthuung Ausdruck geben, daß der Monarch es nicht zugelassen hat, daß der Bürgermeisterstuhl von Wien von einem Antisemiten besetzt wird. Sobald indeß die einsichtsvolleren Liberalen ihren Freudenrausch ausgeschlafen haben werden, dürften sie nur zu bald zu der nüchternen Einsicht kommen, daß die Nichtbestätigung Lueger's keineswegs Grund zur Siegesstimmung bietet. Die Herrschaft über die Wiener Gemeindeverwaltung kann den Antisemiten nicht entrissen werden; an eine erneute Auflösung des Gemeinderathes ist nicht zu denken, denn sie würde nur dahin führen, die antisemitische Mehrheit noch erheblich zu verstärken. Das thatsächliche Oberhaupt Wiens wird Dr. Lueger bleiben, wenn er es auch nominell nicht sein kann. Vermuthlich wird die Lueger'sche Mehrheit ihren Führer nunmehr zum Vice-Bürgermeister wählen; als solcher bedarf er der Bestätigung der Krone nicht. An dem Wesen der neuen Stadtherrschaft wird sich aber dadurch nichts ändern, daß an Stelle Lueger's einer seiner Anhänger den Bürgermeisterposten erhält. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß es der antisemitische Standpunkt Dr. Lueger's ist, der bei der Bestätigungsfrage den Ausschlag gegeben hat. Für so einsichtslos kann man die Regierung Kaiser Franz Josef's nicht halten, um nicht zu erkennen, daß die antiliberale Bewegung, welcher Dr. Lueger seine Wahl zum Bürgermeister Wiens verdankt, trotz mannigfacher Ausschreitungen in ihrem Kerne doch eine gesunde Reaktion gegen die Auswüchse des internationalen Judenthums darstellt. Im Wesentlichen erstreben die „Vereinigten Christen" unter Lueger's Führung nichts Anderes als eine gründliche Erneuerung im christlichen und deutschnationalen Sinne. Das Programm, das Lueger nach seiner Wahl zum Bürgermeister entwickelt hat, enthält nicht einen einzigen Punkt, welcher bei der Regierung gerechten Anstoß hätte erregen können. Die offiziöse Wiener „Presse" bemerkt zu der Nichtbestätigung: „Lueger besitze weder Unparteilichkeit noch Objektivität, weder Ruhe noch Besonnenheit. Er sei ein prononcirter Parteimann und als Sieger aus einem erbitterten, zügellosen Wahlkampfe, den entfacht zu haben er sich rühme, hervorgegangen". Auch diese Gründe sind nicht stichhaltig. Denn auch der liberale Vorgänger Lueger's war ein prononcirter Parteimann, und zu der Erbitterung und Zügellosigkeit des Wahlkampfes haben in erster Linie die Liberalen beigetragen. Es wäre daher ungerecht, wenn die Regierung die Sieger nicht nach demselben Maßstabe behandeln wollte wie die Besiegten. Wahrscheinlicher ist es, daß es die Regierung des Grafen Badeni besonders im Hinblick auf die bevorstehende Erneuerung des Ausgleichs mit Ungarn für opportun gehalten hat, einem Manne die Bestätigung zum Oberhaupte Wiens zu versagen, der aus seiner scharfen antimagyarischen Gesinnung niemals ein Hehl gemacht hat. Allerdings ist die Bürgermeisterschaft Wiens eine rein innerösterreichische Frage, welche die Ungarn nichts angeht. Hätte man also thatsächlich durch die Nichtbestätigung Lueger's etwaigen Wünschen der Pester Regierung Rechnung tragen wollen, so wäre das eine im Interesse des Deutschthums in Oesterreich tief bedauerliche schwächliche Rücksichtnahme auf das Magyarenthum, die nicht in Einklang zu bringen wäre mit der Pflege des spezifisch österreichischen Geistes, die Graf Badeni als seine höchste Aufgabe betrachtet, wie er in seiner Programmrede nachdrücklich betonte. Eine solche Rücksichtnahme könnte nur dazu führen, die ohnehin schon fast unerträglich gewordenen magyarischen Anmaßungen der österreichischen Reichshälfte gegenüber in's Ungemessene zu steigern. Jedenfalls würden es die Ungarn vermöge ihres energischen Nationalbewußtseins als eine unerhörte Arroganz zurückweisen, wenn die Oesterreicher in Wien versuchen wollten, den Budapestern Vorschriften darüber zu machen, wen sie nicht zum Bürgermeister ihrer Hauptstadt wählen sollen.

Vor 25 Jahren.

Verdun hat kapitulirt.

Zu Gefangenen gemacht wurden: 2 Generale, 11 Stabsoffiziere, 150 Offiziere und etwa 4000 Mann. An Geschützen vorgefunden 136 verschiedenen Kalibers, außerdem etwa 23,000 Infanterie-Gewehre, sowie bedeutende Bestände an verschiedenem Kriegsmaterial.

Bei Bretenay, zwischen Bologne und Chaumont, stießen am 7. Abtheilungen der 9. Infanterie-Brigade auf Mobilgarden; Verluste des Feindes 70 Mann todt und verwundet; 40 Gefangene; diesseits 2 Verwundete.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 7. November.

Berlin. Die Vereidigung der Rekruten der Berliner Garnison fand heute Vormittag 11 Uhr in Anwesenheit des Kaisers statt. Die Vereidigung erfolgte brigadenweise. Nach der Vereidigung hielt der Kaiser eine Ansprache, in welcher er darauf hinwies, daß es den soeben vereideten Truppen zur besonderen Ehre gereiche, in das Gardekorps aufgenommen zu sein, in welchem sie gleichsam unter den Augen ihres obersten Kriegsherrn ihrer Dienstpflicht genügen könnten. Daß sie obendrein gerade in diesem Jubiläumsjahre berufen seien, dem Kaiser den Treueid zu leisten, möchten sie als eine ganz besondere Auszeichnung betrachten. „Erinnert Euch daran," so sagte Kaiser Wilhelm, „mit welcher Begeisterung Eure Brüder vor 25 Jahren in den Krieg zogen, bereit, auf den Schlachtfeldern zu bluten für das Vaterland. Erinnert Euch daran, wie sie von Sieg zu Sieg schritten, getragen von dem felsenfesten Vertrauen auf unseren Gott, stolz darauf, unter den Augen des großen unvergeßlichen Kaisers kämpfen zu dürfen, der uns Allen stets ein leuchtendes Vorbild echt soldatischer Tugenden bleiben wird. In steter Erinnerung an die große Geschichte Eures Volkes, die Ihr zum Theil miterlebt habt, haltet fest zu Eurem Gott, Eurem Herrscherhaus und Eurem Vaterlande. Euren Lohn, Eure Auszeichnung findet Ihr in meiner Zufriedenheit, in der Anerkennung Eurer Vorgesetzten, in der Achtung Eurer Mitbürger. Nun bleibet fest nach Innen und nach Außen und vergesset nie den Eid, den Ihr mir geleistet habt, jederzeit eingedenk Eurer Pflichten als Soldaten." Nach dieser Ansprache brachte General v. Winterfeld ein dreifaches Hurrah auf den Kaiser aus. Darauf folgte der Vorbeimarsch der Truppen und die Abbringung der Fahnen nach dem Schloß.

Berlin. Der Erbprinz und die Erbprinzessin von Meiningen begaben sich gestern Nachmittag nach Sibyllenort zum Besuche der sächsischen Majestäten und der anderen bei ihnen weilenden fürstlichen Herrschaften und kehrten Abends 10 Uhr nach Breslau zurück. — Der „Reichsanzeiger" schreibt: Zu den umlaufenden Zeitungsnachrichten über den Stand der Berathungen bezüglich einer neuen Militärstrafprozeßordnung bringt der „Hannoversche Kourier" aus Berlin von „unterrichteter, zuverlässiger Seite" Mittheilungen, die eine derartige Unkenntniß des Sachverhalts verrathen, daß die Quelle derselben als eine unzuverlässige und nicht unterrichtete bezeichnet werden muß. Die Angabe, der Kriegsminister habe „wie bekannt" dem Reichstage eine Vorlage im Sinne der Oeffentlichkeit des Militärstrafprozesses in Aussicht gestellt, ist absolut falsch. Der Kriegsminister hat sich im Reichstage mit keiner Silbe über die Frage der Oeffentlichkeit geäußert. Von einer Frage über Abänderung des Militärstrafgesetzbuches ist überhaupt nicht die Rede gewesen. Die Verhandlungen über die Militärstrafprozeßordnung haben im Staatsministerium stets im Beisein des Kriegsministers stattgefunden und sind im Wesentlichen abgeschlossen. Was über den Verlauf derselben von „unterrichteter und zuverlässiger Seite" im „Hann. Kour." erzählt wird, ist thatsächlich unrichtig, wie auch die Angabe über eine an allerhöchster Stelle bereits getroffene prinzipielle Entscheidung. — Im letzten Frühjahr wurden nicht allein die in Deutschland zur Dienstleistung bei verschiedenen Truppentheilen kommandirten japanischen Offiziere, sondern auch die beiden japanischen Militärattachees nach Japan zurückberufen. Die japanische Regierung hat nun die beiden Militärattachestellen wieder besetzt und zwar durch die Oberstleutnants Tamura und Otichia. Im nächsten Frühjahr wird auch eine große Anzahl japanischer Offiziere, die zum Theil auch schon früher in Deutschland gewesen sind, wieder hierher zurückkehren, um ihre militärischen Studien zu vollenden bezw. neu zu beginnen. — Der Ausschuß des deutschen Bimetallistenbundes trat heute hier zusammen. Er konstatirte seine volle Uebereinstimmung mit dem Vorgehen der deutschen und englischen bimetallistischen Liga, trat dem Antrag des Grafen Mirbach an den Staatsrath bei und erledigte Fragen der Organisation. Ein Beschluß des Ausschusses über das weitere Vorgehen der deutschen Bimetallisten wird demnächst veröffentlicht. — Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt zu dem Ausfall der Dortmunder Stichwahl: Die Dortmunder Wahl bringt uns die trostlose Gewißheit, wie wenig Fortschritte wir auf dem einzigen Wege, auf dem wir die Sozialdemokratie überwinden können, dem des Zusammenschlusses der Ordnungsparteien gegen diesen gemeinsamen Feind, gemacht haben, und wenn wir noch die Begleiterscheinung mit in Betracht ziehen: wüthendes Preßgezänk zwischen den Ordnungsparteien vor der Wahl und dasselbe erbitterte Gezänk, das auch gleich den Boden für die nächste Gelegenheit verdirbt, nach der Wahl, so möchte man alle Hoffnung auf den endlichen Sieg der Vernunft und des Pflichtgefühls schwinden lassen.

Berlin. Nach dem Corpsbefehl, der den Mannschaften in Westpreußen bei den Kontrolversammlungen vorgelesen wurde, ist den Reservisten auch der Besuch von Lokalen verboten, in denen sozialdemokratische Versammlungen stattfinden oder wenn der Wirth des Lokales sozialdemokratische Gesinnungen gezeigt hat, ferner ist ihnen nicht nur das Halten, Lesen und Verbreiten sozialdemokratischer Schriften verboten, sondern auch die Betheiligung an Geldsammlungen zu sozialdemokratischen Zwecken und die Theilnahme an sozialdemokratischen Aufzügen und Festlichkeiten. Jeder Reservist wird schließlich verpflichtet, Uebertretungen der Militärbehörde anzuzeigen; und solche Uebertretungen sollen nach der Strenge des Militärgesetzes bestraft werden. — Wie aus Breslau gemeldet wird, findet das Kaisermanöver im nächsten Jahre bei dem 5. und 6. Armeekorps statt. — Die „Kreuzzeitung" behandelt in ihrem heutigen Leitartikel die Erklärung Stöcker's in der deutsch-evangelischen Kirchenzeitung, in der er sich mit den Jungen bez. mit dem Pfarrer Naumann, sowie mit der „Konj. Korr." auseinandersetzt. Es wird vorausgeschickt, daß auch die „Kreuzzeitung" nicht Alles unterschreiben möchte, was die „Konj. Korr." gegen die Jungen geschrieben habe, aber sie habe die Pflicht gehabt, den Bestrebungen Naumann's und seiner Anhänger gegenüber bestimmt Front zu machen und den Standpunkt der Partei zu wahren. Was die Erklärung Stöcker's anbetrifft, so meint die „Kreuzztg.", daß die Unversöhnlichkeit Naumann's im Kampfe gegen die Konservativen hätte kräftiger gekennzeichnet werden sollen, schon um des unaufhörlichen Geredes der Gegner willen wäre eine bündigere Sprache erwünscht gewesen. Dies beziehe sich jedoch nur auf die äußere Form, der Sache nach weiche Stöcker weder von der „Konj. Korr." noch von der „Kreuzzeitung" ab. Das Entscheidende ist hier, daß er den Klassenkampf unbedingt verdammt, den Naumann eröffnen möchte, indem er im Namen der Arbeiter den Großgrundbesitz bekämpft. Dieser Gegensatz der Auffassungen stehe so tief, daß Alte und Junge ehrlicher Weise nicht unter einen Hut gebracht werden dürften.

Berlin. Wie aus London gemeldet wird, ist der Abschluß einer russischen Konversionsanleihe von 10 Mill. Pfund perfekt geworden. An dieser Operation sind auch die deutschen Banken in hervorragender Weise betheiligt. — Wie Privatdepeschen aus Konstantinopel melden, ist das Privilegium der Ottomanbank auf weitere 12 Jahre erneuert worden.

Hamburg. Bei Brunshausen a. d. Unterelbe ist ein mit Futterrüben beladenes deutsches Segelschiff untergegangen. Die Mannschaft ist vermuthlich ertrunken.

Kiel. Laut Spruch des kaiserlichen Seeamtes erfolgte die Strandung des Dampfers „Rheinland" im Kaiser Wilhelm-Kanal durch unrichtige Führung des noch ungenügend geschulten Kanal-Lootsen. — Ein russisches Panzer-Kanonenboot ist aus Petersburg hier eingetroffen. Dasselbe verbleibt hier drei Tage und geht dann nach China weiter. Im Laufe dieses Monats werden noch 8 der Ostsee-Flotte angehörige russische Kriegs-Fahrzeuge auf der Reise nach Ostasien den Kanal passiren.

Lübeck. Der preußische Gesandte bei den Hansastädten, v. Kiderlen-Wächter, überreichte heute sein Abberufungsschreiben.

Breslau. Emil Neukirch, früher Redakteur der sozialdemokratischen „Volkswacht" wurde wegen Majestätsbeleidigung zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Beleidigung wurde in

Weingrosshandlung H. Schönrock's Nachfolger Dresden: Waisdrufferstr. 11 u. Werderstr. 37. Chemnitz: Neumarkt, Ecke Neberg. Detailverkauf und Probirstuben bei den Geschäftsstellen.